

To: "redaktion@lists.german-rifle-association.de"
Cc: REIMERS Britta OFFICE <britta.reimers-office@europarl.europa.eu>,
"Europabuero FDP \ (europabuero.fdp@bundestag.de\)"
europabuero.fdp@bundestag.de

Subject: [Redaktion] FW: Antworten WPS German Rifle Association

Sehr geehrter Herr Schieferdecker,

vielen Dank für Ihre Anfrage in Bezug auf die Europawahl, auch im Namen von Alexander Graf Lambsdorff.

Stellvertretend für die Delegation der FDP im Europäischen Parlament darf ich Ihnen unsere Antworten übermitteln, die Sie in der Anlage finden.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.
Kristof Kleemann

Alexander Graf Lambsdorff, MdEP
Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament I ASP 10 G 138
60, rue Wiertz I B-1047 Brüssel

alexandergraf.lambsdorff@ep.europa.eu<blocked::mailto:alexandergraf.lambsdorff@ep.europa.eu>
www.lambsdorffdirekt.de<blocked::http://www.lambsdorffdirekt.de/>

Antworten WPS German Rifle Association

Stand 13. Mai 2014

Frage 1:

1. Unterstützen Sie den Waffenbesitz für gesetzestreue Bürger zum Zweck der Selbstverteidigung und als Freizeitbeschäftigung?

Es ist ein Mythos, dass legale Waffen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Gesetzestreue Waffenbesitzer sollten daher nicht in ihrem Recht auf Ausübung ihre legalen und legitimen Hobbys eingeschränkt werden.

Frage 2:

2. Glauben Sie, dass es eine Korrelation zwischen legalem Waffenbesitz und Verbrechen gibt?

Als Rechtsstaatspartei ist es für uns selbstverständlich, dass Waffen im Rahmen ihre legalen Nutzung nicht pauschal mit Verbrechen in Verbindung zu bringen sind, solange nicht im Einzelfall das Gegenteil bewiesen ist.

Frage 3:

3. Glauben Sie, dass restriktive Waffengesetze einen messbaren und wohltuenden Einfluss auf die Kriminalitätsrate haben?

Eine weitere Verschärfung des Waffenrechts lehnen wir ab. Da aber das derzeitige Waffenrecht überaus komplex ist (die öffentliche Sachverständigenanhörung 2012 im Innenausschuss des Deutschen Bundestages hat gezeigt, dass es nur noch von wenigen Beamten durchdrungen wird) fordern wir, dass das Waffenrecht neu geordnet wird, damit es auch für den juristischen Laien verständlich ist. Die in dieser Legislatur eingeführte Allgemeine Waffenverwaltungsvorschrift ist ein erster Schritt hin zu einem anwendungsfreundlichen und mehr Rechtssicherheit gewährleistendem Waffenrecht.

Vorab ist eine vollumfassende und unabhängige Evaluierung des Waffenrechts unter Einbeziehung der Wissenschaft und der Fachverbände durchzuführen. Zu klären ist u.a.:

- inwieweit die rechtsstaatlich kritischen anlasslosen Kontrollen in Wohnungen und Privathäusern von Waffenbesitzern tatsächlich zu einem Mehr an Sicherheit führen,
- wie das Verfahren zur Genehmigung von Sportordnungen vereinfacht werden kann,
- ob weitere Waffen als „historische Waffen“ kategorisiert und
- die Regelungen zu Erbaffen vereinfacht werden können.

Frage 4:

4. Erkennen Sie das Recht, Waffen besitzen und führen zu dürfen, als Menschenrecht an?

Das Recht auf legale Nutzung von Waffen ist bereits grundgesetzlich anerkannt, eine entsprechende Grundgesetzänderung erscheint insoweit nicht weiterführend.

Frage 5:

5. Haben Sie Interesse an Statistiken und Analysen über:
- a. die Anzahl der Straftaten mit Schusswaffen, einschließlich Morde, die von vorbestraften Verbrechern begangen wurden, gegenüber denen, die von zuvor gesetzestreuen Bürger verübt wurden?
 - b. ob die Verbrechen mit legalen oder illegalen Schusswaffen verübt wurden?
 - c. die Herkunft illegaler Schusswaffen.

JA

Frage 6:

5. die Herkunft illegaler Schusswaffen

6. Unterstützen oder lehnen Sie weitere Richtlinien ab, die auf EU-Ebene restriktivere Regeln im Waffenrecht fordern?

Siehe Antwort zu Frage 3.